

\* **Gegen Bucherpreise für Möbelfuhren.** Die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes hat infolge der zahlreichen Klagen über die außerordentlich gestiegenen Kosten für Kollgeld, Fuhrlohn, Möbelfuhren und ähnliches ein Rundschreiben an die Preisprüfungsstellen erlassen, worin in Übereinstimmung mit dem Staatssekretär des Reichsjustizamtes, den preussischen Ministern für Justiz und Handel sowie des Staatskommissars ausgeführt wird, daß Kollgeld, Fuhrlohn, Möbelfuhren und dergl. nicht als Gegenstände des täglichen Bedarfes im Sinne der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 und 23. März 1916 anzusehen sind, da diese Verordnung nach ihrer Entstehungsgeschichte wie nach ihrer Fassung augenscheinlich nur die Preise für körperliche Gegenstände erfassen wollte und daher eine Verfolgung auf Grund dieser Bekanntmachung nicht möglich ist.

Diese Auffassung hindert indessen nach Ansicht des Staatssekretärs des Reichsjustizamtes, der sich die Volkswirtschaftliche Abteilung des R. E. A. anschließt, nicht „bei der Prüfung der Frage, ob der Preis der Gegenstände des täglichen Bedarfes einen übermäßigen Gewinn enthält, unter Umständen auch die von dem Verkäufer in Rechnung gestellten Beförderungskosten auf ihre Angemessenheit zu prüfen. So kann z. B. eine strafbare Umgehung der Preiswuchervorschriften vorliegen, wenn der Verkäufer zwar für die Ware einen angemessenen, für ihre Anfuhr jedoch einen übermäßigen Preis verlangt.“ Ähnlich hat sich der preussische Justizminister ausgesprochen. Ferner erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Gemeinden auf Grund des § 12 der Bekanntmachung über die Einrichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 4. November 1915 eine Preisregelung für Transporte von Möbeln und anderen Sachen des notwendigen Lebensbedarfes anordnen. Ob die Gemeinden von diesem Rechte in weitgehendem Maße Gebrauch machen sollen, würde besonders zu erwägen sein. Jedenfalls erscheint es aber empfehlenswert, einem Vorschlage des preussischen Kriegswucheramtes zu folgen und zunächst zu versuchen, durch Verhandlungen mit größeren Expeditionsfirmen Abhilfe zu schaffen.